

# **PROBLEMSTELLUNGEN RUND UM DIE NÄCHSTEN PARLAMENTSWAHLEN IN MALI**

INTERVIEW MIT DEM MALISCHEN JOURNALISTEN NOUHOUM KEÏTA

*Die Malier bereiten sich darauf vor, an die Urnen zu gehen, um eine neue Nationalversammlung zu wählen. Mehr als 1.000 KandidatInnen werden sich gegenüberstehen, um einen der 147 Sitze als Abgeordnete zu besetzen. Ein Abgeordnetenmandat dauert fünf Jahre. Der erste Wahlgang dieser Mehrheitswahl ist für den 24. November 2013 festgelegt worden, während der zweite Wahlgang am 15. Dezember 2013 vorgesehen ist.*

*Die letzten Parlamentswahlen in Mali fanden im Juli 2007 statt. Damals hatte die Koalition des Präsidenten Amadou Toumani Touré gewonnen, der im März 2012 durch einen Militärputsch abgesetzt worden war. Der Militärputsch steht im Zusammenhang mit der ausgebrochenen Rebellion im Norden des Landes, welche begonnen hatte die Autorität des malischen Staates zu untergraben und dessen Territorialansprüche zu verletzen.*

*Die Parlamentswahlen folgen auf die im Juli und August 2013 stattgefundenen Präsidentschaftswahlen, die Ibrahim Boubacar Keïta für sich entscheiden konnte. Wie gewohnt wird die Völkergemeinschaft über den Ablauf der Wahlen wachen und beim korrekten Ablauf behilflich sein. Die Summe von drei Millionen Dollar wurde als Unterstützung allein von den USA zugesichert.*

*Im folgenden Interview zieht der Journalist und Verwaltungssekretär der Partei SADI (Afrikanische Solidarität für Demokratie und Unabhängigkeit), Nouhoum Keïta, Zwischenbilanz über die aktuelle, politische Situation im Vorfeld der Parlamentswahlen in Mali.*

**1. Bevor wir über die bevorstehenden Parlamentswahlen sprechen, können Sie uns ein wenig über die aktuelle Situation im Norden von Mali erzählen? Man denkt dabei natürlich an die Nationalen Konferenzen zum Problem im Norden, an die zwei Französischen Journalisten – Ghislaine Dupont und Claude Verlon – die mutmaßlich von Mitgliedern der AQMI (Al Kaida im Islamischen Maghreb) getötet wurden und an die drei malischen Zivilisten, welche vor kurzem in Gao ermordet wurden. Hat der malische Staat die Situation unter Kontrolle?**

Die Zukunft unseres Landes wird sich in Kidal entscheiden. Es geht dabei gleichzeitig um geopolitische und geostrategische Interessen, die weit über die Grenzen von Mali hinausgehen. Die Lösungen, um aus dieser Krise herauszukommen, können leider nicht durch interne politische Debatten zwischen den verschiedenen politischen und sozialen Interessensgruppen des Landes gefunden werden, so dass auch unsere Interessen als territoriale, historische und humane Einheit nicht wahrgenommen werden können.

Auch wenn die Dschihadisten durch die Operation Serval verjagt wurden, ist der Norden von Mali jedoch weit davon entfernt, friedlich zu sein. Kidal befindet sich immer noch nicht unter der Kontrolle des malischen Staates. Eine verwirrende Situation, die von der Völkergemeinschaft, vor allem den Franzosen, gezielt herbeigeführt wurde. Eine Verwirrung, die dazu beigetragen hat, dass Ghislaine Dupont und Claude Verlon umgekommen sind. Die Umstände ihrer Entführung und Ihrer Ermordung sind immer noch nicht geklärt. Die Beflissenheit, mit der die französischen Behörden die Schuld der AQMI zugesprochen und gleichzeitig die MNLA (Nationale Bewegung für die Befreiung des Azawad) von Schuld befreit haben, noch bevor die Untersuchungen abgeschlossen waren, verstärkt den Verdacht, dass es sich um ein abgekartetes Spiel zwischen Frankreich und der MNLA handelt. Elemente der MNLA agieren in der ganzen Stadt Kidal ohne zur Rechenschaft gezogen zu werden. Sie setzen sich weiterhin über den malischen Staat hinweg. Zuerst waren ihre Strafoperationen gegen diejenigen gerichtet, die von der MNLA bezichtigt wurden „Fremde“ zu sein, das heißt gegen die Malier mit schwarzer Haut (Bambara, schwarze Tamaschek, Songhai, Peulh und Bozo). Sie wurden verjagt, ihre Geschäfte zerstört und ihre Habe konfisziert. Viele internationale humanitäre Organisationen haben diese Vorkommnisse vehement verurteilt, da sie einer ethnischen Säuberung gleichkamen.

Einen weiteren Vorfall gab es am 15. September 2013, als der Konvoi der Minister mit Steinen beworfen wurde, die nach Kidal gekommen waren, um die Grundlagen für eine friedliche Entwicklung zu diskutieren. Gleichzeitig besetzten bewaffnete Kämpfer das Büro des Gouverneurs und das Regionalbüro des malischen Radio- und Fernsehsenders ORTM. All dies geschah unter den Augen der Streitkräfte der Serval und der MINUSMA (Multidimensionale Integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali), die nicht reagierten.

Schlimmer noch, das Abkommen, das im Juli 2013 in Ouagadougou zwischen der Übergangsregierung, der MNLA und dem Großen Rat für die Einheit des Azawad (HCU) unterschrieben worden war, sollte nach der Rückkehr der Administration die Sicherheit gewährleisten, den Kampf gegen die Islamisten weiterführen und eine Vertrauensbasis herstellen, die es den neu gewählten Autoritäten erlauben würde, Friedensverhandlungen mit der bewaffneten Bewegung innerhalb der ersten zwei Monate zu organisieren. Aber die jüngste Entwicklung in diesem Gebiet gibt keinen Anlass zu Optimismus. Die Ermordung der Abgesandten des französischen Radiosenders RFI wie auch der drei Malier, die Sie erwähnt haben (hier muss ich mich noch etwas mehr über die Tatsachen informieren) bestätigen dies eher.

In Wahrheit handelt es sich um einen internationalen Komplott gegen Mali. Der malische Staat hat unter diesen Voraussetzungen keine Kontrolle über die Situation. Warum? Weil die Völkergemeinschaft, allen voran Frankreich, bereits seit langem über den Status von Kidal entschieden haben. Deshalb agieren sie heimlich über die Operation Serval, um die MNLA zu unterhalten, neu zu formen und zu bewaffnen, anstatt sie zu entwaffnen und zu reduzieren, wie es im Interimsabkommen von Ouagadougou vorgesehen war. Frankreich blockiert die malische Armee, deren Stärke wiederum von der MNLA bestimmt worden war und formt die MINUSMA in eine Hilfskraft um, die ihnen so als Kulisse dient.

Mali wird ständig gedemütigt. Die Durchführung der Konferenzen im Norden werden keine Lösungen bringen, ebenso wenig wie die Nationalkonferenzen über die

Dezentralisierung, solange der malische Staat nicht die Kontrolle über das gesamte nationale Territorium wiedererlangt. Das ist auch der Grund, warum der Außenminister Nigers, Mohamed Bazooum, nach der Ermordung von Ghislaine Dupont aufgezeigt hat, welches verwirrendes Spiel die Völkergemeinschaft betreibt, indem sie hartnäckig am Status von Kidal festhält, obwohl die Regierung Nigers in Diskussionen mit eben dieser Völkergemeinschaft mehrmals davor gewarnt hat. Dies bekräftigte auch der neue Präsident von Mali, Ibrahim Boubacar Keita, während des Gipfels der ECOWAS (Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft) und der UEMOA (Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion) in Dakar. Er erklärte, dass diese Situation, die aus Kidal eine Zone ohne Recht und Gesetz macht, inakzeptabel sei und nicht lange andauern könne.

In Kidal halten Teile der AQMI weiterhin enge Verbindungen mit Ansar Dine, der MNLA und der arabischen Bewegung des Azawad. Außerdem gibt es noch Milizen unter verschiedenen Kommandos, die fortfahren alle möglichen Arten von Handel zu treiben. In dem Zusammenhang ist es auch wichtig zu wissen, dass zu dem Kommando, das die zwei Journalisten von RFI in Kidal entführt und ermordet hat, auch ein Mitglied mit Verbindungen zur MNLA sowie zu Ansar Dine und der AQMI gehörte, das zuvor in Bamako im Gefängnis saß. Er war im Rahmen des Abkommens von Ouagadougou entlassen worden, welches die Befreiung der unter internationalem Haftbefehl Inhaftierten empfahl. Die Entlassung dieser Inhaftierten war von den Staatsanwälten, den politischen Parteien und der Zivilgesellschaft stark kritisiert worden. Ebenso wurde dies von Menschenrechtsorganisationen kritisiert, die die Meinung vertraten, dass dies ein Freibrief zur Straffreiheit für diejenigen sein werde, die verdächtigt werden, Kriegsverbrechen begangen und gegen die Menschenrechte verstoßen zu haben. Einige dieser Verdächtigen sind sogar unter den Kandidaten für die Parlamentswahlen zu finden.

## **2. Sind die Bedingungen für einen geordneten Ablauf der Wahlen auf dem ganzen malischen Territorium gesichert? Sind nicht vor allem im Norden von Mali Sabotageakte zu befürchten?**

Die neuen Autoritäten haben versprochen, alles zu tun, damit diese Parlamentswahlen im gesamten malischen Territorium stattfinden, inklusive in Kidal, ungeachtet der Einwände der MNLA. Sie betonen, dass sie aus den Präsidentschaftswahlen gelernt haben, die Parlamentswahlen mit einer besseren technischen Ausrüstung besser durchzuführen. Es ist für mich sehr schwierig, dieses Versprechen der Autoritäten zu beurteilen, da sie die politischen Parteien nicht genauer über die Vorbereitungen informiert haben.

Die Operation Serval hat in Zusammenarbeit mit der MINUSMA und den malischen Streitkräften (FAMA) weiträumig begonnen, die Sicherheit in den Nordregionen für die Parlamentswahlen zu gewährleisten. Tausende Soldaten sind einsatzbereit und verhindern durch zahlreiche strategische Stellungen jeden Versuch von Terroristen, sich wieder neu zu formieren. Ebenso sichern sie den Transport des Wahlmaterials sowie die Wahlbüros, die Wahlhelfer und das administrative Personal in den drei Regionen Gao, Timbuktu und Kidal. Kann dies alles Selbstmordattentate verhindern? Gibt es kein Risiko? Auf alle Fälle denken die Autoritäten, dass die Sicherheitsvorrichtungen während der Präsidentschaftswahlen sehr effizient waren und daher ein gutes Vorbild für die kommenden Parlamentswahlen sein können.

### **3. Wie ist die Stimmung in Mali, zwei Wochen vor den Parlamentswahlen? Fühlt man eine Wahlkampfstimmung, eine Begeisterung von Seiten der Malier?**

Man fühlt, dass die Malier nicht so aktiv sind wie für die Präsidentschaftswahlen. Sie sind durch die Zeit nach den Präsidentschaftswahlen desillusioniert. Die Malier hatten wichtige Schritte vom neuen Präsidenten erwartet, der eine Kursänderung versprochen hatte. Er hat bis jetzt noch nichts davon umgesetzt. Im Gegenteil, er hat Frauen und Männer eingesetzt, die in den Augen der meisten Malier keine Änderungen herbeiführen werden. Man kann nichts Neues mit den Alten machen. Dies hat sicher auch den Eifer der Anhänger gebremst, die seine Kandidatur im zweiten Wahlgang unterstützt hatten.

Ein weiterer Grund der geringen Begeisterung der Malier für diese Wahlen sind die prinzipienlosen Allianzen, die sich zwischen den Parteien anbahnen, die eigentlich die Opposition darstellen. So entstehen z.B. in verschiedenen Wahlbezirken Bündnisse zwischen der „Zusammenkunft für Mali“ (RPM, der Partei des Präsidenten IBK) und der „Union für die Republik und die Demokratie“ (URD, der Partei seines Gegners Soumaïla Cissé) oder Zusammenschlüsse zwischen Fraktionen der ADEMA-PASJ mit der RPM oder mit der URD in einigen großen Gemeinden im Lande. Ein Teil der ADEMA-PASJ (Allianz für Demokratie in Mali, Afrikanische Partei für Solidarität und Gerechtigkeit), genannt ADEMA, hatte mit der Geschäftsführung der Partei gebrochen und war Dramane Dembélé treu geblieben, der den dritten Platz bei den Präsidentschaftswahlen erreicht hatte.

Die Gegner von gestern sind zu Verbündeten von heute geworden in einer politischen und ideologischen Verwirrung, die die Bürger verunsichert. In den meisten Parteien müssen die Kandidaten einige Millionen springen lassen, um einen Listenplatz zu erhalten. Es ist der Jahrmart der Schlammschlachten, der Abwerbung und der Überläufer aller Art, des politischen Positionierens, des Zerschlagens von Allianzen mit dem Ziel, ein Mitglied der Regierung zu werden, um an den großen Fleischtopf zu gelangen.

In einigen Parteien muss jemand, der sich als KandidatIn für die Parlamentswahlen aufstellen lassen will, zwischen fünf und zehn Millionen CFA Franc einsetzen, die nicht zurückerstattet werden. Außerdem müssen die KandidatInnen das Geld für den Wahlkampf und die dabei entstehenden Kosten selbst aufbringen. Wenn sie erst einmal als Volksvertreter gewählt sind, können sie sich leicht bereichern und das investierte Geld wieder zurück gewinnen, da die Parteien heutzutage lediglich wirtschaftliche Interessensgruppen sind. Das einzige Kriterium für die Auswahl der KandidatInnen ist deren finanzielle Kapazität. Die moralischen und philosophischen Werte, die die Identität einer Partei ausmachen sollten, treten in den Hintergrund. Selten geworden sind diejenigen, die noch nach Kriterien wie Integrität, Engagement, Kompetenz und Legitimität die KandidatInnen auswählen. Nun sollten jedoch politische Parteien in einem Land, das wie das unsrige von einer moralischen Krise betroffen ist, eine entscheidende Rolle darin spielen, kollektive Ideale zu vertreten und unser Land wieder zurück zu seinem Ursprung und der Weiterführung unserer Geschichte zu führen.

### **4. Welches sind die treibenden Kräfte? Kann man von einer Neuzusammensetzung der politischen Landschaft in Mali sprechen? Wie sind die Chancen der linken Parteien wie z. B. der Partei SADI?**

Es ist für mich extrem schwierig von treibenden Kräften zu sprechen. Die Parteien, die als die „großen Parteien“ galten, wurden seit dem Staatsstreich am 22. März 2012 aufgelöst, was erlaubte die Karten neu zu mischen und sie auf den einfachsten Nenner zu bringen. Sie hatten von ihrer dominanten Stellung im Staatsapparat profitiert, um ihre politische Klientel durch Korruption bei der Stange zu halten. Einmal aus dem Staatsapparat verdrängt sind diese Parteien zerfallen, was auch auf ihren mangelnden Rückhalt von Seiten der Bevölkerung zurückzuführen ist. Das ist es, was man im Moment bei vielen politischen Parteien sehen kann. Eine Partei wie ADEMA, die fast zwei Jahrzehnte lang eine dominante Rolle in der Politik spielte, ist heute nur noch ein Schatten ihrer selbst. Schlimmer noch, sie ist direkt verbunden mit dem Desaster, in dem sich das Land seit 1992 befindet, ebenso wie auch die meisten anderen Parteien, die die Regierung von Präsident ATT - Amadou Toumani Touré – während der zehn Jahre seiner Regierungszeit unterstützt haben. Man kann ganz klar sagen, dass die politische Landschaft begonnen hat, sich neu zu formieren. Aber das Tempo und die Ausbreitung dieser Neubildung wird davon abhängen, wie willig und fähig die Bevölkerung sein wird, die politischen Führungskräfte wachsam und organisiert zu beeinflussen und ob die Bevölkerung sich wirklich wehrt, wenn Ihre Bedürfnisse verraten worden sind.

In der aktuellen politischen Lage müssen die linken politischen Kräfte, die die Kandidatur des Präsidenten Ibrahim Boubacar Keita unterstützt haben, die historische Initiative ergreifen, um den Frieden und die Stabilität zu sichern und den Hebel für eine nationale Entwicklung umzuschalten. Aber die linken Kräfte sind in der Minderheit. Die einzige anerkannte und strukturierte linke Partei, die mit ihrer Ideologie gegen die aktuelle Regierung kämpft, ist SADI.

SADI ist ein wichtiger Faktor in diesem Wahlkampf. Sie hat sich nationale und internationale Legitimität dadurch errungen, dass sie das Vertrauen des Volkes in ihre Integrität, ihren Kampfgeist, ihre Seriosität, ihre Verlässlichkeit und ihren repräsentativen Charakter gewonnen hat. Wir konnten unsere Meinung einbringen, in die sozialen Kämpfe eingreifen, in der Nationalversammlung eine echte öffentliche Debatte führen und sowohl der ganzen Nation als auch den progressiven Kräften überall auf der Welt unsere alternativen Vorschläge für die Zukunft dieses Landes näher bringen. Es gab mehr als 18 Anfragen an die Regierung innerhalb von fünf Jahren. Diese Anfragen betrafen die drohende Aufteilung des Landes, die wilde Privatisierung in den wichtigsten Wirtschaftszweigen und die mangelnde Transparenz in der Staatsverwaltung. Heute fährt SADI fort die Stimmen der Malier zu gewinnen. Sie hat 37 KandidatInnen in 25 von insgesamt 55 Wahlkreisen aufgestellt. Unsere territoriale Vertretung hat sich in den letzten fünf Jahren verbessert und zweifellos ist SADI in der Bevölkerung stark verankert.

**5. Welche Wahlbezirke werden Ihrer Ansicht nach einen harten Kampf erwarten müssen?**

Es gibt einige Regionen und große Städte, die stark umkämpft sein werden wie Sikasso, Koutiala, Kolondiéba, Ségou, Niono, Mopti, Gao, Kayes und Bamako, wo etwa zehn Kandidatenlisten existieren.

**6. Ist die jetzige Regierungspartei bereits Gewinner? Denken Sie, dass diese Parlamentswahlen das Resultat der letzten Präsidentschaftswahlen bestätigen werden?**

Im Moment kann man nicht von einer Regierungspartei sprechen. Man kann von Parteien sprechen, die dem Präsidenten nahe stehen. Bei diesen Parlamentswahlen wird sich entscheiden, wer die Mehrheit in der Nationalversammlung haben wird. Und es wird sich bei diesen Wahlen zeigen, ob wirklich eine Mehrheit hinter IBK steht. Die Partei RPM ist sich klar darüber, dass die Malier damals einen Mann und nicht seine Partei RPM gewählt haben. Kann die RPM deswegen von IBK profitieren? Dies ist eine Frage, die schwer zu beantworten ist, vor allem weil die Malier enttäuscht sind, dass sich die Dinge nicht gut entwickeln. Vielleicht sollten sie IBK ein wenig mehr Zeit geben, damit er seine Pläne verwirklichen kann.

### **7. Welches sind Ihrer Meinung nach die größten Herausforderungen bei diesen Parlamentswahlen?**

Diese Wahlen sollten den Prozess der Rückkehr Malis zur konstitutionellen Demokratie festigen. Die größte Herausforderung wird sein, dass sich die Nationalversammlung als fähig erweist, die aktuellen Probleme Malis zu lösen. Ein Land, das im Moment davon bedroht ist, besetzt und geteilt zu werden. Die Nationalversammlung muss eine zentrale Rolle bei der Planung von institutionellen und politischen Reformen spielen, welche unumgänglich sind, wenn wir einen neuen Staat bilden wollen. Es gibt mehrere Baustellen, wie die Überarbeitung der Verfassung, der Charta der Parteien und der Wahlordnung. Es muss eine Lösung für die Krise im Norden gefunden werden. Nicht zuletzt muss die Nationalversammlung wieder Vertrauenswürdigkeit als eine Institution gewinnen, die im Dienste des Volkes effizient die Regierung kontrolliert.

### **8. Wie stellen Sie sich die zukünftige Nationalversammlung vor? Denken Sie, dass wir neue und jüngere politische Persönlichkeiten innerhalb dieser Institution erleben werden?**

Diese Frage ist sehr schwierig zu beantworten, weil sich die Wahlbündnisse im Großen und Ganzen nicht in Befürworter und Gegner des Wechsels einteilen lassen. Es ist daher zu befürchten, dass die zukünftige Nationalversammlung im gleichen Schema weiterverfährt wird wie bisher. Aber man muss Optimist sein: die URD hat erklärt, dass sie in die Opposition gehen wird, ebenso die PARENA (Partei der nationalen Wiedergeburt) und Parteimitglieder der FDR (Vereinte Nation zur Rettung und Erneuerung der Demokratie in Mali).

Eine Erneuerung und Verjüngung der politischen Akteure wird nicht in unmittelbarer Zukunft möglich sein. Die alte politische Garde ist nicht bereit die Macht abzugeben. Außerdem wurden die meisten der ausscheidenden Abgeordneten nicht mehr von ihren Parteien bestätigt. Sie sind einfach nur zurückgetreten und haben sich auf einer anderen Liste aufstellen lassen. Dies ist keine Frage der politischen Überzeugung, sondern des persönlichen Interesses. Werden sie bei diesen Wahlen bestraft werden? Die Zukunft wird es zeigen.

**Interview: Ndongo Samba Sylla, Programmmanager im Büro Westafrika der Rosa-Luxemburg-Stiftung**

**Dakar, 15. November 2013**

Übersetzung: Carola Diallo